Der Tresor stand bei der Tante

Erstmals steht René Benkos Ehefrau mit vor Gericht. Das Verfahren zeigt erneut, wie eng die Familie Geschäft und Privates vermischte.

Von Patrick Guyton

INNSBRUCK. Am Mittwochmorgen stehen sie nun beide im Gerichtssaal in Innsbruck vor der Anklagebank. Der Milliarden-Pleitier René Benko wird zuerst hereingeführt, Ehefrau Nathalie lässt sich 15 Minuten länger Zeit. Denn sie, die ominöse Ehefrau im Hintergrund, will auf jeden Fall vermeiden, fotografiert zu werden. Also müssen erst alle Kameraleute raus, dann kommt sie rein. Ein knappes Jahr sollen sich die beiden nicht gesehen haben, seit er im Januar seine U-Haft angetreten hat. In diesem zweiten Benko-Prozess sind nun beide angeklagt.

Was sich laut Staatsanwaltschaft im März 2024 im Tiroler Dorf Pfunds abgespielt hat, mutet an wie ein ebenso billiges wie abenteuerliches Vertuschungsmanöver von Möchtegern-Kriminellen. René und Nathalie Benko sollen 120 000 Euro Bargeld sowie elf Edel-Uhren und goldene Manschettenknöpfe im Wert von 250 000 Euro in einem geheimen Safe deponiert haben. Macht zusammen 370 000 Euro. Eine Art Notration? Genau zu dieser Zeit musste Benko Privatinsolvenz anmelden. „Ein denkbar simpler Sachverhalt“, sagt der Staatsanwalt.

Foto: APA/dpa/Expa/Johann Groder

Das aktuelle Verfahren geht für René Benko glimpflich aus: Er bekommt eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten.

Mitte Oktober gab es schon das erste Verfahren gegen den gescheiterten Immobilienentwickler, Vielfach-Unternehmer und einstigen Multimilliardär. Das Setting war ganz ähnlich: der gleiche Saal des Innsbrucker Landesgerichts, der gleiche Medienandrang mit mehr als 50 angemeldeten Journalisten. Filmkameras, Blitzlichtgewitter. Nun gilt das Augenmerk vor allem der 42-jährigen Nathalie Benko. Erstmals seit dem Mega-Crash von Benkos Signa-Konzern muss sie sich in der Öffentlichkeit zeigen. Sie ist gebürtige Schweizerin, soll früher Model gewesen sein. Als Beruf gibt sie vor Gericht an: „Mami, fulltime.“ Das Paar hat drei Kinder.

Der Safe soll im Auftrag von Nathalie Benko in das Haus ihrer Tante und ihres Onkels geliefert worden sein. Im Keller war er in einer Ecke versteckt, davor hatte man leere Weinkartons drapiert. Dumm nur, dass ein früherer Leibwächter Benkos wegen eines anderen Vergehens zu jener Zeit in der Schweiz in U-Haft saß – und den Ermittlern den Weg zum Tresor schilderte, in der Hoffnung auf Strafnachlass in eigener Sache.

René Benko wird nun „Betrügerische Krida“ vorgeworfen, also Insolvenzbetrug, seiner Frau die Beihilfe dazu. Denn die Vermögenswerte stehen, so sehen es die Ermittler, nicht dem Ehepaar zu, sondern den vielen Gläubigern, die in Benkos Signa-Unternehmenskette investiert hatten. Im ersten Verfahren ist Benko zu zwei Jahren Haft verurteilt worden ohne Bewährung, der Schuldspruch ist noch nicht rechtskräftig. Die Richterin hatte es als erwiesen angesehen, dass er während seiner Pleite noch 300 000 Euro in eine Privatstiftung verschoben hatte, der formal seine Mutter Ingeborg Benko vorsteht. Tatsächlich aber hatte er selbst Zugriff auf das Geld.

Jetzt reden die beiden Angeklagten nicht selbst, sondern lassen ihre Anwälte reden. Benko-Verteidiger Norbert Wess kritisiert „Hass und Häme“ der Medienberichterstattung. Die Anklage sei „Science Fiction“. Seine Version: Auf dem Höhepunkt seines Erfolgs im Jahr 2021 habe Benko seine Familie großzügig bedacht. Seine Frau habe Ringe im Wert von etlichen Millionen Euro erhalten, seinen kleinen Söhnen habe er acht Luxusuhren vermacht. „Das ist nichts Unübliches“, so der Rechtsanwalt.

Nathalie Benkos Anwalt Michael Hohenauer hat eine alternative Erklärung dafür, warum man das Haus von Tante und Onkel als Standort für den Safe ausgesucht hat: Nathalie Benko sei klar gewesen, dass sie ihre Prunk-Villa in Innsbruck Igls verlassen müssten. Dass sie den Tresor organisiert hatte, „hat nichts mit der Insolvenz zu tun“. Darin seien schließlich auch Diamantringe von ihr im Wert von 5,5 Millionen Euro aufbewahrt worden, die nicht Bestandteil der Anklage seien. Und die 120 000 Euro gehörten auch ihr, das sei „Haushaltsgeld“.

Dem heute 48-Jährigen Selfmademan aus Innsbruck mit abgebrochener Schulausbildung schien einst alles zu gelingen. In Österreich, Deutschland oder auch Italien projektierte er einen Bau nach dem anderen – hochpreisige Geschäftsflächen, Gewerbe, edles Wohnen. Wirtschaft und Politik umgarnten ihn. Investoren, Banken, Versicherungen gaben ihm gern ihr Geld. René Benko hatte Netzwerke fast überall hin.

Der Investor, Transportunternehmer und Milliardär Klaus-Michael Kühne aus Hamburg war sein Buddy. Den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) holte er als Top-Manager in die Signa. Auch zu dessen Nachfolger und einstigen ÖVP-Shootingstar Sebastian Kurz war die Verbindung eng. René Benko und Ehefrau Nathalie gaben gern das glamouröse Aufsteigerpaar in der High Society. Benko war es nicht allein, er wusste das System perfekt zu bedienen, das ihn dann in höchste Höhen katapultierte.

Doch er überdrehte mit der Signa und den mehr als 1000 zum Konzern gehörenden einzelnen Unternehmen. Das Knäuel ist bis jetzt nicht entwirrt. Die Zinsen stiegen, ebenso die Preise für Baumaterial. Die Immobilienwirtschaft war eingeknickt zum Zeitpunkt des Konkurses Ende 2023, die erwarteten Mondpreise waren nicht mehr zu erzielen.

Von der krachenden Pleite bleiben utopisch wirkende 40 Milliarden Euro fehlendes Geld, das die Gläubiger zurückfordern. Auch der Kaufhausriese Galeria-Karstadt-Kaufhof hatte Benko einst gehört. Es bleiben Bauwüsten in vielen Innenstädten, beste Lagen: der Torso des unvollendeten Hamburger Elbtowers, verlassene Bauruinen in der Münchner City, das „Benko-Loch“ in der Stuttgarter Fußgängerzone Königstraße.

Da wirken jene von Benko und Gattin mutmaßlich versteckten Werte in Höhe von 370 000 Euro an wie ein Tropfen in einem der schönen Pools in den verschiedenen früheren Benko-Villen. Doch die in Wien ansässige Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die einen donnernden Ruf genießt, arbeitet einen Punkt nach dem anderen ab. In 14 „Strängen“, also Themenbereichen, ermittelt sie. Erst kommt das Einfache dran, dann das Komplexere. Man kann demnach mit einigen weiteren Benko-Anklagen und -Verfahren in den kommenden Jahren rechnen.

Bis auf weiteres bleibt René Benko in Haft. Insgesamt kann für schwere Vermögensdelikte eine maximale Strafe von zehn Jahre Gefängnis verhängt werden. Allerdings ermitteln laut Medienberichten unabhängig davon Sonderermittler des Finanzministeriums wegen der verschiedenen Benko-Stiftungen, die in Österreich und Liechtenstein angesiedelt sind. Dies könnte Finanzbetrug sein, und dafür könnte es noch einmal bis zu zehn Jahre geben. Das aktuelle Verfahren geht für Benko glimpflich aus: Er bekommt am Ende eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten. Nathalie Benko wird freigesprochen. Für die Taten, die ihr die Anklage vorwirft, gebe es „keine Beweise“.

Der Prozess vor dem Landesgericht Innsbruck zeigt ein weiteres Mal, wie eng bei der Familie Benko Geschäft und Privates vermischt waren. Das Ehepaar soll den Tresor im Haus der Tante gemeinsam befüllt haben. Nathalie Benko hatte immer wieder Positionen bei der Signa inne. An ihrem jetzigen mutmaßlichen Wohnort, einer Villa im Innsbrucker Stadtteil Hungerberg, ist laut „Firmen-ABC“ eine „NB Immo GmbH“ gemeldet. Geschäftsführerin wie Gesellschafterin ist „Frau Benko Nathalie“. Es sind offenbar wieder alle mit dabei in diesem Benko’schen Karussell – Gattin, Mutter, angeheiratete Tante nebst Onkel.

Ganz ohne Glamour: Nathalie Benko auf dem Weg in den Gerichtssaal Foto: Expa/APA/dpa/Johann Groder

Niederlage für Trump-Kandidat: In Miami siegt eine Demokratin

Nach fast 30 Jahren wird Floridas zweitgrößte Stadt wieder von den Demokraten regiert. Die Bürgermeisterwahl gilt als Stimmungstest.

Von Thilo Kößler

WASHINGTON. Die 61-jährige Wahlsiegerin Eileen Higgins wird als erste Frau in der Geschichte Miamis in das Rathaus der Stadt einziehen und ist damit auch das erste nichthispanische Stadtoberhaupt seit den frühen 1990er Jahren. Mit 59 Prozent der Stimmen sorgte die Maschinenbauingenieurin und ehemalige Bezirksrätin im Miami-Dade County für einen wahren Erdrutschsieg. Ihr Gegenkandidat Emilio González kam bei dieser Stichwahl lediglich auf 41 Prozent der Stimmen und gestand mittlerweile seine Niederlage ein.

Unterstützung vom Präsidenten

González war von US-Präsident Donald Trump im Wahlkampf unterstützt worden, der ihn auf seiner Plattform Truth Social zwar „fantastisch“ nannte, seinen Namen aber konsequent falsch schrieb. Das Wahlergebnis von Miami, gewissermaßen im Vorgarten von Trumps Luxusresort Mar-a-Lago, wurde deshalb nicht nur von den Demokraten als Referendum gegen Trump und als wichtiger Stimmungstest ein Jahr vor den Zwischenwahlen gewertet. Nach den Erfolgen bei den Gouverneurswahlen in Virginia und New Jersey und dem unerwartet guten Abschneiden bei den Nachwahlen in Tennessee oder Iowa sehen sich die Demokraten im Aufwind und hoffen mit der politischen Wende im Süden Floridas auf einen landesweiten Stimmungswechsel.

Anders als ihrem Gegenkandidaten war es Higgins in dem Wahlkampf seit der ersten Runde Anfang November gelungen, eine breite Wählerkoalition hinter sich zu bringen. Die Stadt mit fast einer halben Million Einwohnern, in der 57 Prozent der Wähler einen migrantischen Hintergrund haben, war jahrzehntelang republikanisch geprägt. Higgins, die in ihrem Wahlkampf auf Aufrichtigkeit und Respekt setzte, kamen die vielen Korruptionsskandale der vergangenen Jahre im Rathaus von Miami zugute.

Sie hob aber vor allen Dingen auf die Themen Lebenshaltungskosten und Einwanderung ab – und distanzierte sich damit deutlich von Trumps Programmatik. „Wir haben gänzlich unterschiedliche Ansichten über den Umgang mit Einwanderern“, sagte sie unlängst in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung El Pais. Die Stadt sei von Einwanderern geprägt, und das mache sie auch stark. In deutlichen Worten kritisierte sie die Massenabschiebungen durch die Einwanderungsbehörde ICE und den Umgang mit den Gefangenen im gefürchteten Einwanderergefängnis von Florida, dem Trump den zynischen Namen „Alligator Alcatraz“ verliehen hat. Die Haftbedingungen dort waren erst unlängst von Amnesty International als unmenschlich angeprangert worden.

Siegerin bei der Bürgermeisterwahl in Miami: die 61-Jährige Eileen Higgins Foto:dpa/ Lynne Sladky

Auch das Thema „Bezahlbarkeit“ verfing bei ihren Wählern. Mit diesem Schlagwort kritisierte sie das hohe Preisniveau und die explodierenden Mieten in den Metropolen, damit hatte bereits Zohran Mamdani im November die Bürgermeisterwahl von New York geprägt. „Wir leben in Florida, wo Menschen in Gefängnissen in Käfige gesperrt werden, statt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, sagte Higgins.

Angesichts des Stimmungsumschwungs rückt dieses Thema nun auch bei Trump verstärkt in den Fokus. Noch vor kurzem tat er es als „Schwindel der Demokraten“ ab. Nun geht er damit auf Kampagnentour und erklärt sich selbst zum „Präsidenten der Bezahlbarkeit“. Die anhaltend steigenden Preise schiebt er der Vorgängerregierung von Joe Biden in die Schuhe. Seine am Dienstagabend in Pennsylvania vor seiner MAGA-Fangemeinde aufgestellte Behauptung, wonach er „Preise auf Allzeithoch“ geerbt habe, die jetzt steil nach unten gingen, hält aber keiner Prüfung stand. Die Strompreise sind in seiner Amtszeit um 12 Prozent gestiegen, der Kaffeepreis liegt wegen seiner Zollpolitik um 20 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Warnsignal für Trump

Das schlägt sich nun auch in schlechten Umfragewerten nieder. Laut einer Erhebung von CBS News/YouGov sind 65 Prozent der Amerikaner der Meinung, dass Trumps protektionistische Handels- und Wirtschaftspolitik die Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten weiter nach oben treibt. In einer Gallup-Umfrage gaben nur noch 36 Prozent der Befragten an, mit Trumps Wirtschaftspolitik zufrieden zu sein. Auch andere wirtschaftliche Eckdaten zu Arbeitsmarkt und Wachstum sprechen gegen Trumps vollmundige Behauptungen.

Die Demokraten wollen von dieser Entwicklung bis zu den Zwischenwahlen im November nächsten Jahres profitieren. Der Vorsitzende des Democratic National Committee (DNC), Ken Martin, nannte das Wahlergebnis von Miami ein „Warnsignal für Trump“ und sagte: „Wir haben seine realitätsferne Agenda satt – die Kosten für unsere hart arbeitenden Familien müssen runter.“